

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amtsblatt



Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: 20 Pf. monatlich, 2.40 M. vierteljährlich, 8.40 M. halbjährlich, 16.80 M. jährlich. / Die Anzeigen sind nach dem Inhalt zu klassifizieren. / Die Anzeigen sind nach dem Inhalt zu klassifizieren. / Die Anzeigen sind nach dem Inhalt zu klassifizieren.

Informationen: 2 Pf. für die gewöhnliche Anzeigen oder deren Raum, 1 Pf. für die Anzeigen in der ersten Spalte. / Die Anzeigen sind nach dem Inhalt zu klassifizieren. / Die Anzeigen sind nach dem Inhalt zu klassifizieren. / Die Anzeigen sind nach dem Inhalt zu klassifizieren.

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das
sowie für das Königliche

Verantwortlicher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28634.

Nr. 22.

Sonnabend den 26. Januar 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Der Kanzler über die Lage.

Die äußerste Grenze.

Zu einem neuen Vortritt nach Paris und nach London hat der Kaiser Orlando, der Ministerpräsident des Königreichs Italien, sich entschließen müssen. Und das ganz unerwartet, gerade in dem Augenblick, da man in der Heimat von ihm irgendeine Verabredung erhoffte, um der schon der Verarmung wegen drohenden Gefahr des Volkes wieder etwas aufzuhelfen. Indessen, was ihn so plötzlich über die Alpen führte, ist ein öffentliches Geheimnis. Es wird schon allein durch die Tatsache verraten, daß der Verpflegungsinhaber Gressi sich in seiner Begleitung befindet. Die innere Lage des Königreichs ist es, wie der Regierung augenblicklich die größten Sorgen bereitet. Getreide brauchen wir, Kohlen und Material für unsere Kriegsinstrumente, schreibt „Corriere della Sera“ und es handelt sich für uns um Tod oder Leben. Können unsere Verbündeten uns nicht helfen, dann war alles umsonst. Wir haben jetzt alle waffenfähigen Leute zur Fahne einberufen zum Schutze unserer landwirtschaftlichen Erzeugung; den Ausfall an Produkten und Transportmitteln zu decken ist nicht in der Hand der Regierung. Und die „Tribuna“ stellt fest, daß Italien die äußerste Grenze des Möglichen an Einschränkungen und Opfern erreicht habe und daß es zu weiteren Anstrengungen nicht mehr fähig sei, wenn es nicht durch die Verbündeten dazu in den Stand gesetzt werde. Ein drittes Blatt spricht insbesondere von dem erschreckenden Kohlenmangel und der dadurch verursachten Stockung des Eisenbahnenverkehrs, was alles auf die Lösung der Verpflegungs- und Schiffsraumfragen, an die man schon so unendliche Konferenzen in und außerhalb des Landes verwendet hat, vollständig sinnlos macht. So geht ein großes Jammer durch den italienischen Völkerwald, und alle Blicke richten sich nach der Fremde, an die man vor Jahr und Tag die Interessen des eigenen Landes verraten und verkauft hat.

Indessen, es ist mirlich nicht abzusehen, wie die Welt möchte helfen sollten, da sie selbst sich gleichfalls in tödlichen Verlegenheiten befindet. Was sie an Getreide, an Kohlen nur irgendwie entbehren können, geben sie ja für den Bundesgenossen in Sibirien her, wenn auch zu Preisen bei denen sich den italienischen Abnehmern die Haare zu Berge sträuben. Das Unglück ist nur, daß die Mehrzahl dieser Transporte unterwegs abgebrochen wird, ob sie nun bewaffnet oder unbewaffneten Dampfern anvertraut werden, einzeln oder in Geleitzügen fahren und dieser oder jenen Seeweg wählen. So weiß unsere Admiralität an einem Tage von der Vernichtung mehrerer Fahrzeuge zu berichten, die Munition, Reis, und 24000 Tonnen Kohlen für Italien an Bord hatten. Als woher den Frachtraum nehmen — wenn nicht helfen? Aber ja natürlich: sie stellen ihn auch, wenn sie weichen finden, moralische Bedenken haben durchaus nicht im Wege. Und so sind England und Amerika gerade jetzt wieder damit beschäftigt, den Holländern und den Schweden noch den letzten Schiffsraum abzurufen, der sich in ihrer Gewalt befindet. Doch das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. England muß jetzt zuerst und vor allen seine eigene Getreideversorgung über die Meere heranschaffen, und wenn es Italien vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahren soll, dann müssen eben die eigentlichen Kriegsnotwendigkeiten wieder zu kurz kommen, die ganz gewiß nicht ungestraft vernachlässigt werden dürfen. Es wird demnach wieder ein schweres Kreuzerbrechen geben in Paris und London. Clemenceau hat, trotzdem es ihm an eigenen Sorgen wirklich nicht fehlt, den Kollegen Orlando bereits empfangen und lange Zwiegespräche mit ihm gepflogen. Wie könnten den Herren von Bergen nachschauen, wie schmerzhaft sie sich dabei in die Augen gesehen haben mögen — aber helfen? nein, helfen kann ihnen keine technische Macht, solange sie in ihres feilschen Windstet verharren und die deutschen U-Boote auf dem Posten sind.

Wenn uns keine Rettung kommt, hatte schon in der vorigen Woche ein Mailänder Blatt geschrieben, dann hat auch Frankreichs letztes Ständlein geschlagen und England hätte seinen Jahrhundert alten Festlandkrieg verloren. Der Ring des Landkrieges wird immer enger um uns geschlossen. So ist es und so soll es bleiben — bis die Herren genug haben des grausamen Spiels.

Der Krieg.

Was Kapitän v. Müller erzählt.

Ein Mitarbeiter des B.L.Z. hatte mit dem in Holland internierten Fregattenkapitän v. Müller, dem früheren Kommandanten der „Enden“ eine Unterredung. Kapitän v. Müller ist damit beschäftigt, einen einseitigen dienst-

lichen Bericht über die Fahrten der „Enden“ auszuarbeiten. Über seine Behandlung als Gefangener führt Kapitän v. Müller in mancher Hinsicht Klage. Besonders unerheblich bemerkt man sich gegen den „Enden“-Kommandanten auf dem Minenschiiff „London“, das ihn nach England brachte. Kapitän v. Müller betont, daß das Verhalten der Engländer den deutschen Gefangenen gegenüber durchaus nicht zuträglich ist. Zum Schluß erklärte v. Müller, besonders leuchtend für die militärische Lage sei es, daß England jetzt seine Hauptkraft für die Verteidigung einer Niederlage der Allierten auf innerpolitische Schwierigkeiten in Deutschland und Österreich-Ungarn setzt.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Ein Rottschrei der Bauern.

Der Volksauschuss des allrussischen Rates der Bauern hat eine Proklamation erlassen, in der es u. a. heißt:

Die Leichenhäuser Petersburg liefern den Beweis, daß die Opfer der Petersburger Revolution nicht Gegenrevolutionäre, sondern Arbeiter gewesen sind, die auf Befehl der Volkskommisare getötet wurden, weil sie die ganze Macht für die Konstituante verlangten. Das Smolny-Institut will die Macht des Volkes nicht, das zu verteidigen es vorgibt, und die Rote Garde schämt unter dem Vorwand, die Revolution zu verteidigen, die Despotie des Instituts Smolny.

Die Proklamation schließt mit den Worten: Öffnet die Augen! Seht die Autokratie im Geleit des Sozialismus, die die Freiheit verschlingt. Unheil denen, die auf unsere Angriffe nicht hören! Erhebe dich, russisches Volk, sonst wird ewige Schande dein Los sein! Der Ruf wendet sich also gegen die Maximalisten, die im Smolny-Institut ihren Sitz haben, und zeigt, wie ernst sich die Dinge gestaltet haben. Klasse rast gegen Klasse, Partei wider Partei, Volk wider Volk! Das ist das Bild des Rußland von heute.

Kämpfe zwischen Russen und Rumänen.

Die Kämpfe zwischen Russen und Rumänen haben bei Galatz großen Anfang angenommen. Nach dem für die Russen ungünstigen Ausgang sind 2300 Russen mit 22 Geschützen, 57 Munitionswagen, 53 Feldbläsen, 360 anderen Fahrzeugen und 1200 Pferden auf das von den Mittelmächten besetzte Gebiet übergetreten.

Auch nach Beharabien sind durch Tscherbatschen rumänische Truppen entsandt, angeblich, weil die Regierung der beharabischen Republik sich an die Rumänen um Hilfe gegen die Anarchie der Maximalisten gewandt hätte. Die von Tscherbatschen entsandten Truppen sind bei Kischinew mit den Maximalisten ins Gefecht gekommen, das teilweise mit der Gefangenahme und mit dem Rückzug der Rumänen geendet hat. Nach an der Front vorbereiteten Gerüchten haben die Rumänen die Absicht, die Hand auf Beharabien zu legen. Im Dongebiet, nördlich von Zaganung ist es zu Kämpfen zwischen maximalistischen Kuban-koisaken und Kaledinischen Donkoiaken gekommen, in denen die ersteren entscheidend Sieger geblieben sind.

Die Schlacht in der Ukraine.

Die neuere Berichte aus Petersburg besagen, ist der Kampf in der Ukraine mit dem Sieg der Maximalisten bei Koltawa noch nicht entschieden. Nordwestlich und südwestlich von Kiew halten die schweren Kämpfe zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen an. Kiew droht von dem starken Kanonendonner. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr groß sein. Die Charkower Rada reklamierte die ukrainisch-maximalistische Republik unter der unbeschränkten Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Die ukrainische Zentralrada wird als aufgelöst und die „Universalsammlung“ als ungültig erklärt.

Aller Wahrscheinlichkeit nach stehen die entscheidenden Kämpfe in der Ukraine erst bevor, wenn die Hauptkräfte der Zentralrada, die weit im Norden stehen, auf dem Schauplatz erscheinen.

Neue Vollmachten für Trozki.

Der Generalkonrat der Arbeiter- und Soldatenräte erteilte nach einem Referat Trozki's über die Friedensverhandlungen diesem neue Vollmachten für die Fortführung der Brest-Litovsker Besprechungen. Daran hatte Trozki längere Konferenzen im Arbeiter- und Soldatenrat. Es ist wahrheitsgemäß, daß Trozki in den nächsten Tagen wieder nach Brest-Litowik reisen wird, um an den Friedensverhandlungen wieder teilzunehmen. Bisher sind keine Anzeichen vorhanden, die auf eine Änderung der Taktik Trozki's schließen lassen.

Graf Czernin über den Frieden.

Wien, 24. Januar.

Im Auswärtigen Ausschuss der österreichischen Delegation hielt der Minister des Auswärtigen, Czernin, eine Rede, in der er auf die Meinungsverschiedenheiten Deutschlands und der Petersburger Regierung über die Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu sprechen kam. Es handelt sich darum, einen Mittelweg zu finden, der gefunden werden muß, um ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern. Die Abweichung der beiden Standpunkte ist nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen rechtfertigen zu können. Sind wir mit den Russen erst zum Frieden gekommen, so ist nach meiner Ansicht der allg. meine Friede nicht mehr lange zu verhindern, trotz aller Anstrengungen der russischen Ententeallierten. Es ist nur eine Frage des Durchhaltens, ob wir einen allgemeinen ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. Ich bin in dieser Ansicht neuerlich bestärkt worden durch das Friedensangebot, welches der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika an die ganze Welt gerichtet hat. Graf Czernin geht auf die einzelnen Punkte ein, die Wilson aufstellt; er glaubt, daß die Frage der Abkündigung der Geheimdiplomatie mehr oder minder formal sei. Es läßt sich darüber streiten. Mit den Worten über die Freiheit der Meere habe Wilson dem Redner aus dem Herzen gesprochen und er unterschreibe diesen Wunsch. Ebenso sei die Ablehnung eines künftigen Wirtschaftskrieges richtig und vernünftig. Auch über die allgemeine Abrüstung kann man verhandeln. In Bezug auf Italien, Serbien, Rumänien, Montenegro möge Herr Wilson seinen Einfluß auf unsere Feinde geltend machen, daß sie ihrerseits die Bedingungen erklären, unter denen sie zu sprechen bereit sind, so wird er sich das unermeßliche Verdienst erworben haben, die allgemeinen Friedensverhandlungen ins Leben geleitet zu haben. Es ist ein offenes Geheimnis, daß wir Anhänger des Gedankens sind, es möge ein unabhängiger polnischer Staat, der die zerstückelten von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, errichtet werden. Auch über diesen Punkt würden wir uns, so glaube ich, mit Herrn Wilson bald einigen. Und wenn der Präsident seine Vorwürfe durch den Gedanken eines allgemeinen Völkerbundes tröstet, so wird er wohl nirgends in der österreichisch-ungarischen Monarchie dabei auf Widerstand stoßen.

Der Redner konstatiert seine Übereinstimmung mit Wilson in den großen Prinzipien der Neuordnung und die Annäherung in mehreren augenblicklichen Friedenszielen. Graf Czernin kommt dann nochmals auf die Friedensverhandlungen mit Petersburg und der Ukraine zu sprechen.

Ein solcher Friede braucht keine Zeit, aber Recht läßt sich das nicht machen. Denn es muß bei einem Friedensschluß festgestellt werden, ob, was und wie die Ukraine an Abrüstungsmitteln liefern wird. Wenn Sie mir in den Rücken fallen, wenn Sie mich zwingen, daß über Kopf abzuschließen, dann werden wir keine wirtschaftlichen Vorteile haben, und dann muß eben unsere Bevölkerung auf den Vorteil, den sie aus dem Friedensschluß haben könnte, verzichten.

Graf Czernin betont schließlich die Unantastbarkeit der Treue gegen die Bundesgenossen und sagt: Entweder Sie haben das Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiterzuführen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich kürzen, ein Drittes gibt es nicht. Ich bin zu Ende.

Deutsche Kriegs- und Friedensziele.

Der Kanzler über die Lage.

Ch. Berlin, 24. Januar.

Bei Anwesenheit einer ungemein großen Anzahl von Abgeordneten trat heute um 3 Uhr der Hauptauschuss des Reichstages zusammen, um in erster Reihe eine Rede des Reichskanzlers über die politische, d. h. die Kriegslage, entgegenzunehmen. Die Kanzlerrede bewegte sich in folgenden Gedankenrichtungen:

Die Verhandlungen in Brest-Litowik gehen weiter, sind jedoch höchst schwierig. Die Hoffnung bleibt bestehen, daß ein günstiger Abschluß erzielt wird. Es besteht gute Aussicht, mit den Ukrainern zur baldigen Einigung zu gelangen. Am 4. Januar war, als die Frist abgelaufen war, kein Entgegenkommen der Entente eingegangen. Wir sind seitdem gegenüber dem Verbands nicht mehr gebunden.

Der Kanzler befragt hierauf die Rede Lloyd Georges und die Botenschaft Wilsons. Der Ton des ersteren ist ein anderer geworden, eine Friedensstimmung ist nicht herauszufinden. Wir sollen die Schuldigen sein und Lloyd George will über uns zu Gericht sitzen. Auf die Geschichte Deutschlands vor dem Kriege eingehend bemerkte der Kanzler: Die Bündnisse Deutschlands hatten lediglich Defensivzweck. Aber die Gefahr feindlicher Koalitionen wurde allmählich zur Tatsache. Deutschland mußte sich demgegenüber hart machen, aber stets nur als Defensivmaßregel. Auch Wilsons Ton ist ein anderer geworden. Er ist anscheinend durch die einmütige Abweisung